

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Lothar Bisky, Sevim Dagdelen, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Ulla Lötzer, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Saarbrücken), Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Das Ratifizierungsverfahren zum Vertrag von Lissabon aussetzen - Ein Sozialprotokoll vereinbaren**

Der Bundestag wolle beschließen:

Das weitere Ratifizierungsverfahren zum Vertrag von Lissabon wird ausgesetzt. Die Bundesregierung wird beauftragt, dass Ratifikationsverfahren nicht fortzuführen, insbesondere eine Ratifikationsurkunde nicht zu hinterlegen.

Die Bundesregierung wird ferner beauftragt, Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, ein weiteres Protokoll zum Vertrag von Lissabon zu verhandeln und zu vereinbaren, das eine „Soziale Fortschrittsklausel“ beinhaltet und den Vorrang der Grundrechte und Grundwerte vor den Grundfreiheiten des Kapitals (Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Kapitalsverkehrsfreiheit) primärrechtlich gewährleistet.

Berlin, den 22. April 2008

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

## **Begründung**

Die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofs im Fall Rüffert, Laval und Viking Line, hebeln das Streikrecht und nationale Regelungen zur Sicherung von Mindest- und Tariflöhnen aus. Nach Aussagen des Europäischen Gewerkschaftsbunds sowie der deutschen und schwedischen Gewerkschaften haben diese Urteile die Idee eines sozialen Europas schwer beschädigt. Die schwedischen und deutschen Gewerkschaften fordern zudem die Staats- und Regierungschefs der EU sowie die Kommission in Brüssel eindringlich auf, "sofort Regelungen zu erlassen, mit denen alle Mitgliedsstaaten wirksam gegen Lohndumping vorgehen können".

Um „Wiederholungen“ solcher arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlicher Urteile zu vermeiden, fordert der Europäische Gewerkschaftsbund die Aufnahme einer „sozialen Fortschrittsklausel“ in die europäischen Verträge. In einem solchen Protokoll soll verbindlich festgelegt werden, dass die Verträge und insbesondere, die in ihm rechtlich fixierten Grundfreiheiten des Binnenmarkts so interpretiert werden müssen, dass die Grundrechte und vor allem Arbeitskämpfmaßnahmen nicht beeinträchtigt werden können.

Die Besorgnis der europäischen Gewerkschaften ist berechtigt. Angesichts der Urteile des EuGH besteht dringender Handlungsbedarf. Mit der „sozialen Fortschrittsklausel“ muss klargestellt werden, dass Grundrechte Vorrang vor freiem Kapital- und Warenverkehr, Dienstleistungsfreiheit und Freizügigkeit haben. Nationalstaatliche Regelungen zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dürfen nicht weiter den Grundfreiheiten des Binnenmarkts untergeordnet werden. Die jüngsten Urteile des EuGH zeigen, dass hier nur wirksame Abhilfe über eine primärrechtliche Veränderung der EU-Verträge zu schaffen ist. Lohnunterbietungswettbewerb und Dumpinglöhne müssen in allen Mitgliedsstaaten verhindert werden können. Es kann nicht angehen, dass der EuGH zentrale soziale Standards in den Mitgliedsstaaten vom Tisch fegt, die nationalen Tarifsysteme aushöhlt und die Tarifautonomie gefährdet.

Der Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon, der nach übereinstimmender Auffassung Urteile des EuGH, die den Vorrang der Grundfreiheiten des Binnenmarkts vor Grundrechten und nationalstaatlichen Schutzregelungen postulieren, weiterhin ermöglicht, sollte deshalb solange ausgesetzt werden, bis der Europäische Rat eine Einigung über die Einfügung einer „Sozialen Fortschrittsklausel“ in die EU-Verträge erreicht hat. Nur damit kann wirksam gewährleistet werden, dass das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes nicht noch weiter durch europarechtliche Regelungen und EU-Rechtsetzung ausgehöhlt wird.